

Wichtige und außerordentlich anregende Kommentare zu einzelnen Teilen des Manuskripts haben wir von Gundula Ludwig, Tobias Boos, Alina Brad, Lutz Brangsch, Michael Brie, Ariane Brensstell, Kristina Dietz, Franziskus Forster, Daniel Fuchs, Franziska Kusche, Miriam Lang, Hanna Lichtenberger, Kathrin Niedermoser, Melanie Pichler, Erienne Schneider, Isabella Radhuber, Anke Schaffartzik und Stefan Schmalz erhalten.

Ulrich Brand dankt zudem dem Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam (IASS) – und dort insbesondere Mark Lawrence, Sebastian Helgenberger und Falk Schmidt – dafür, dass er im Sommersemester 2016 im Rahmen eines Gastaufenthaltes unter anderem an diesem Buch arbeiten konnte. In einem Kolloquium am IASS wurden einige Überlegungen dieses Buches präsentiert und von den Teilnehmenden, insbesondere den KommentatorInnen Boris Gotchev, Sebastian Helgenberger, Kristin Nicolaus und Falk Schmidt, mit wichtigen Hinweisen versehen. Markus Wissen dankt der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) für die Gewährung eines Forschungsemesters, das ihm die Arbeit an diesem Buch zeitlich ermöglicht hat.

Louis Asamoah, Samuel Decker, Franziska Kusche und Carla Noever haben uns bei der technischen Manuskripterstellung wertvolle Hilfe geleistet, Samuel Decker hatte zudem die Idee zum Untertitel des Buches. Nicht zuletzt danken wir Christoph Hirsch für die wohlwollende Begleitung des Projekts vonseiten des oekom Verlags und Laura Kohrausch für ihr ausgezeichnetes Lektorat.

Ulrich Brand und Markus Wissen

Wien und Berlin im Dezember 2016

Kapitel 1

An den Grenzen einer Lebensweise

*Kein Gemeinsames ist möglich, sofern wir uns r
weigern, unser Leben und unsere Reprodukt
auf dem Leid anderer zu gründen und uns als
innen getrennt wahrzunehmen*

Silvia Fed

Zum Anlass des Buches

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan, dem Titel »Die kommende Anarchie«.² Am Beispiel von Westafrika widmet sich der Autor darin der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten unterentwickelten Welt und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird durch drastisch-suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlich Megacitys, von Slums, Kindersoldaten, verschmutzten Flüssen und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist, noch gesteigert. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, »Überbevölkerung« und ökologischer Zerstörung.

Die Intention des damaligen Beitrags war es nicht, auf das Leben von Menschen hinzuweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachzusehen. Es geht Kaplan vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von »kulturell« und religiös motivierten Gruppen ersetzt wird.

vierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Der ökologischen Problemdimension in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung bei: »Es ist an der Zeit, die Umwelt als das zu begreifen, was sie ist: die nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Meeresspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nil-Delta und Bangladesch – Entwicklungen, die zu massenhafter Migration führen und, umgekehrt, Gruppenkonflikte anheizen werden – stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden.«³

Gut 20 Jahre nach Erscheinen des Artikels von Kaplan überbieben sich europäische PolitikerInnen mit Vorschlägen und konkreten Maßnahmen der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not beziehungsweise dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten⁴ wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, »Schicksalsgemeinschaften« beschworen und »Obergrenzen« eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren, um der von Kaplan imaginierten Bedrohung nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch supranationaler – Ordnung geschlossenen und mit aller Macht entgegenzutreten.

Daneben zeigt sich in der Situation des Jahres 2016 noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die abgewiesen oder abzuweisen versucht werden, schei-

nen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: weil steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau sie der Möglichkeit berauben, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrienkrieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotenzial vergrößerte.⁵

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also im Jahr 2016 zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe. Wenn »die Umwelt« zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem »die Umwelt« besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren. Und sich zu ebendiesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten.

Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legitimation beziehungsweise Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge aussprechen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die »Knappheit« natürlicher Ressourcen und »den Klimawandel« in die Flucht getrieben. Stattdessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Tellerrand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter »Ehnen« im Kongo etwa wird der Bedarf des globalen Nordens an Coltanerzen

sichtbar, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – werden als Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen verstehbar, wie sie von agrar-industriellen Unternehmen des globalen Nordens im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens betrieben wird. Und als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als »illegal« gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa gerät die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hoch subventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.⁶

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik wird als Versuch begriffbar, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche ebendieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren: in Gestalt von CO₂, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen der Südhälfte absorbiert wird (beziehungsweise sich in der Atmosphäre konzentriert); in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem globalen Süden, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und »Industrie 4.0« im globalen Norden darstellen; oder in Gestalt der Arbeitskäfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektroschrotts oder beim Schufren auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im globalen Norden verzehrten »Südfrüchte« hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.

Zur Intention des Buches

Wir bezeichnen die Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise mit einschließt, als *imperial*. Damit wollen wir *erstens* das sichtbar machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden ermöglicht, meist ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Es geht uns darum, wie sich Normalität gerade über das Ausblenden der ihr zugrunde liegenden Zerstörung herstellt. Mit anderen Worten: Thema des Buches sind die Alltagspraxen sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse, die Herrschaft über Mensch und Natur erzeugen und verstetigen.

Zweitens möchten wir erklären, wie und warum sich in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen in den unterschiedlichsten Bereichen (soziale Reproduktion, Ökologie, Wirtschaft, Finanzen, Geopolitik, europäische Integration, Demokratie etc.) häufen, zuspitzen und überlagern, so etwas wie Normalität herstellt. Die imperiale Lebensweise erscheint uns in diesem Zusammenhang zentral. Bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Epizentrum verschiedenster Krisenphänomene angesiedelt ist: Sie wirkt – siehe oben – in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen, die Zerstörung lokaler Ökonomien oder die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und ebendeshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu

gewährleisten. Damit soll die soziale Spaltung, wie sie im globalen Norden durch diese Krise noch einmal beschleunigt wurde, keineswegs verharmlost werden.

Drittens wollen wir die gegenwärtigen Krisen und Konflikte als Manifestation der Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise begriffbar machen. Dass sich viele Probleme heute derart kritisch zuspitzen, ist auch darauf zurückzuführen, dass die imperiale Lebensweise derzeit im Begriff ist, sich zu Tode zu siegen. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft – mit anderen Worten: auf ein »Außen« – im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf *angewiesen* sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

Und genau das ist derzeit der Fall. Im selben Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich »nördliche« Vorstellungen und Praxen des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und ihr Bedarf, Kosten etwa in Gestalt von CO₂ zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind ökoimperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen. Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr eigenes Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens kaputt machen zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität; sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomen greifen darauf zu, und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die diese Politik exekutierenden Kräfte, die sich in der Regel selbst als »bürgerliche Mitte« etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalisistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren »bürgerlichen« Konkurrenten sind sie in der Lage, ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie *gleichzeitig* aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit: Nora Räthzel hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er-Jahre artikuliert, treffend als »rebellierende Selbstunterwerfung« bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei ermöglicht, »sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind.«⁷

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann wären – *viertens* – die Anforderungen an eine Alternative radikaler zu formulieren, als dies im Mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht dann nicht mehr, eine »grüne Revolution«⁸ oder einen neuen »Gesellschaftsvertrag«⁹ einzufordern und der starken Rhetorik zum Trotz die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangestastet zu lassen. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit

darauf zu setzen, dass »die Politik« aus der unabwiesbaren, da wissenschaftlich immer genauer belegten Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht – wird damit doch übersehen, dass das so adressierte vermeintliche Steuerungsobjekt »Staat« kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

Stattessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise als das anzuerkennen, was sie ist: ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens, wie sie sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, auch in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten lassen, und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzten Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Akkumulation der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Ausgehend von dieser Einsicht, geht es sodann darum, die vielfältigen Alternativen, wie sie derzeit gegen die dominanten Entwicklungen praktiziert werden, auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirksamkeit steigenden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umrisse einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken? Dies ist aus unserer Sicht eine der zentralen Fragen, denn sie verweist auf ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das dem der imperialen Lebensweise diametral entgegengesetzt ist.

Zum Aufbau des Buches

Damit sind die zentralen Themen umrissen, die in diesem Buch behandelt werden sollen.¹⁰ Wir beginnen damit, dass im *zweiten Kapitel* die Probleme analysiert werden, die sich in jüngerer Zeit zu einer »multiplen Krise« verdichtet haben und zunehmend autoritär bearbeitet werden. Auffällig ist dabei, dass die Krisenbearbeitung nicht nur autoritär, sondern auch umkämpft ist. Innerhalb der Nationalstaaten, auf der Ebene der Europäischen Union, im Verhältnis zwischen dieser und den USA oder in den Institutionen der globalen Umweltpolitik gibt es gegensätzliche Auffassungen darüber, wie mit den wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Erschütterungen der vergangenen Jahre umgegangen werden soll. Selbst der zunehmende Autoritarismus, der durch den Wahlsieg von Donald Trump einen neuen Höhe- beziehungsweise Tiefpunkt erreicht hat, ließe sich noch als Ausdruck einer Verunsicherung deuten, die sich unter den politischen Eliten ausgebreitet hat.¹¹ Die Fähigkeit zur Formulierung hegemonialer Projekte und politischer Führung ist der »bürgerlichen Mitte« allem Anschein nach abhandengekommen. Derweil bildet sich im linksliberalen politischen und wissenschaftlichen Spektrum ein Konsens heraus, demzufolge die vielfältigen Krisenphänomene mit einer ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaften gemeinsam bearbeitet werden können. Allerdings sind die einschlägigen Ansätze nicht nur viel zu zögerlich, sondern lassen auch den Problemerkern der multiplen Krise, den wir in der imperialen Lebensweise sehen, unangetastet.

Im *dritten Kapitel* geht es um eine genauere begriffliche Bestimmung dieses Problemerkerns. Wir führen die »imperiale Lebensweise« als Kategorie ein, die zwischen dem Alltagshandeln der Menschen und den diesem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen vermittelt. Damit wollen wir die Mechanismen freilegen, über die die in den Strukturen angelegten Herrschaftsverhältnisse normalisiert werden. Zentral ist die Unterscheidung verschiedener Begriffsdimensionen, die wir – gestützt auf verschiedene Traditionen kritischen Denkens, vor allem Marx, Gramsci, feministische Theorie,

Bourdieu und Foucault – im Folgenden vornehmen. Dabei soll nicht nur die in dieser Einleitung bereits skizzierte Externalisierung, sondern auch die soziale Hierarchisierung im globalen Norden als zentrale Dimension der imperialen Lebensweise deutlich werden. Wir wollen zeigen, dass die Verantwortung für sozial-ökologisch destruktive Produktions- und Konsumnormen und der Nutzen, der aus ihnen gezogen werden kann, über Klassen-, Geschlechter- und rassistische Verhältnisse vermittelt ist. Zudem soll der Doppelcharakter der imperialen Lebensweise als struktureller Zwang und Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten deutlich werden.

Kapitel 4 und 5 zeichnen in einer groben Skizze die Geschichte der imperialen Lebensweise von ihren Anfängen im Kolonialismus bis zu ihrer heutigen Verallgemeinerung nach. Die in *Kapitel 4* im Mittelpunkt stehende Epoche ist der Fordismus. Sie prägte die kapitalistischen Zentren von den 1950er-Jahren bis in die 1970er-Jahre und bescherte den Menschen einen in seiner Breitenwirkung bis dahin ungekannten Zuwachs an materiellem Wohlstand, der gleichwohl auf sozialer Ungleichheit basierte und diese reproduzierte. Uns interessiert am Fordismus vor allem, wie die ressourcen- und emissionsintensiven Konsumnormen, die bis dahin den oberen Klassen vorbehalten waren, in die Mittel- und Unterklassen des globalen Nordens diffundierten und damit der Boden für die heutige sozial-ökologische Krise bereitet wurde.

Kapitel 5 setzt mit einem politischen »Gelegenheitsfenster« ein: der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren. Bei dieser handelte es sich nicht nur um eine Erschöpfung der ökonomischen Potenziale eines bestimmten Akkumulationsmodells, sondern um eine umfassende gesellschaftliche Krise, in der die vorherrschenden Formen des Arbeitens, des Zusammenlebens und der Nutzung von Natur von alten und neuen sozialen Bewegungen politisiert wurden. Dieses Fenster schloss sich jedoch schon bald. Was folgte, waren eine Vertiefung der imperialen Lebensweise in den Zentren und ihre Ausbreitung auf immer mehr Länder an der kapitalistischen Peripherie. Die in jüngerer Zeit zu beobachtenden geopolitischen und -ökonomischen Spannungen und Verschleibungen sind, so unsere These,

auch vor dem Hintergrund dieser Verallgemeinerung des Nichtverallgemeinerbaren zu begreifen.

Das *sechste Kapitel* betrachtet die Geschichte und aktuelle Ausprägung der imperialen Lebensweise in Bezug auf einen gesellschaftlichen Bereich, in dem sich viele ihrer Bestimmungen verdichten: die Automobilität. Wir beginnen mit der Beobachtung, dass ausgerechnet in einer Zeit des wachsenden Bewusstseins der ökologischen Krise die Nachfrage nach besonders ressourcen- und emissionsintensiven Autos wie den *Sport Utility Vehicles* (SUVs) zunimmt. Diese Paradoxie wird begreifbar, wenn man Automobilität im Kontext sich wandelnder Subjektivierungsformen sowie Klassen- und Geschlechterverhältnisse untersucht. Das SUV-Fahren erscheint dann als Ausdruck der automobilen Subjektivität des neoliberalen Kapitalismus, als exklusive, weil nicht verallgemeinerbare Form des Umgangs mit sozialen und ökologischen Bedrohungen und mit einer in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens vordringenden Konkurrenz – eine Umgangsform, die gleichwohl jene Phänomene, auf die sie zu reagieren vorgibt, erst hervorbringt beziehungsweise verstärkt.

Eine ökologische Modernisierung der Automobilität sowie anderer gesellschaftlicher Bereiche, wie sie sich derzeit vielerorts andeutet, wird die Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise letztlich nicht verändern. Es handelt sich um eine der falschen Alternativen, die wir im *siebten Kapitel* untersuchen. »Falsch« bedeutet allerdings nicht »unwirksam«. Im Gegenteil könnten sich die an vielen Orten der Welt beobachtbaren Ansätze einer *green economy* durchaus zu einem Projekt namens grüner Kapitalismus verdichten. Dieser wird – dafür könnten rechte, neoliberale, teilweise auch sozialdemokratische Regierungen weltweit sorgen – von starken fossilistischen Elementen durchsetzt sein. Zudem wird er an der grundlegenden Problematik der Produktion und Externalisierung sozial-ökologischer Kosten nichts ändern, denn dazu müsste nicht nur das »Wie«, sondern auch das »Was« des Produzierens und Konsumierens infrage gestellt werden.

Im *achten Kapitel* widmen wir uns den Akteuren, die genau dies tun, die sich also gerade nicht mit einer ökologischen Modernisie-

rung der imperialen Lebensweise zufriedengeben, sondern nach deren Überwindung streben. Natürlich ist es nicht möglich, der Vielfalt der praktizierten und angedachten grundlegenden Alternativen auf wenigen Seiten gerecht zu werden. Deshalb geht es uns dabei auch nicht um eine erschöpfende, sondern um eine systematisierende Darstellung entlang aktueller Erfahrungen und der von uns wahrgenommenen strategischen Herausforderungen: das Zurückdrängen beziehungsweise den Widerstand gegen ein weiteres Vordringen der imperialen Lebensweise, wie sie etwa in den Kämpfen gegen das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP aufscheinen; das Schaffen und Absichern von Freiräumen, in denen sich Neues entwickeln kann, beispielsweise der Einsatz für Energiedemokratie und Ernährungssouveränität; und die Ausdehnung dieses Neuen auf solche gesellschaftlichen Bereiche, in denen es trotz eines allgegenwärtigen Unbehagens bislang kaum Fuß fassen konnte.

Kapitel 2

Multiple Krise und sozial-ökologische Transformation

Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus.

Karl Marx und Friedrich Engels¹

Wir leben in einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite gibt es breite gesellschaftspolitische Diskussionen über die ökologische Krise, insbesondere über den Klimawandel. Auch die Energiewende wurde in vielen Ländern zu einem wichtigen Thema. In den Medien ist Umweltpolitik präsent, vielfältige Forschungen finden dazu statt, eine nicht mehr überschaubare Anzahl von Fachagungen behandeln spezifische Aspekte der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Staatliche Politik und Verwaltung befassten sich seit Jahren intensiv mit Nachhaltigkeitsthemen, und auch in vielen Unternehmen und ihren Verbänden und bei einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften scheint das Thema »angekommen« zu sein. Im Schulunterricht sind Umwelt und Nachhaltigkeit inzwischen fester Bestandteil der Lehrpläne, an den Hochschulen gibt es ein breites Angebot von einschlägigen Studiengängen sowie von Lehrmodulen in den herkömmlichen Fächern.

Es tut sich etwas – und die vielfältigen Debatten und Aktivitäten haben eine lange Vorgeschichte. Die Energiewende etwa wäre kaum vorstellbar ohne die Umweltbewegung in (West-)Deutschland seit den 1980er-Jahren, ohne die harten Auseinandersetzungen um den Stellenwert der Atomenergie; ohne die zivilgesellschaftlichen und lokalpolitischen Vorreiter, die bereits mit der Energiewende begannen,